



Authentischer Ort und Erinnerungsstätte: Rastatt als Lernort deutscher Demokratiegeschichte

Rastatt kann bis heute als Musterbeispiel für eine barocke Planstadt am Oberrhein gelten.

Das mittelalterliche Rastatt, verkehrsgünstig im Mündungsgebiet der Murg in den Rhein gelegen, übersteht den Dreißigjährigen Krieg, wird aber im Pfälzischen Erbfolgekrieg 1689 (wie auch andere Städte in der Rheinebene) nahezu vollständig von Franzosen zerstört.

Diese Zerstörung birgt den Keim zum Aufstieg zu einem Erinnerungsort in sich.

Markgraf Ludwig Wilhelm entschließt sich nämlich um 1700, das zerstörte Rastatt zu seiner befestigten Residenz auszubauen. Das bereits im Bau befindliche Jagdschloss wird nach Versailler Vorbild zur prächtigen Barockresidenz, die Stadt zu einer barocken Planstadt modernsten Stils gestaltet.

Die Bedeutung des neuen Rastatt wird alsbald sichtbar: 1714 wird mit dem Rastatter Frieden der Spanische Erbfolgekrieg beendet. Napoleon lädt 1797 nach Rastatt, längst nicht mehr Residenzstadt, dafür aber zum bedeutendsten Verwaltungszentrum im mittelbadischen Kreis herangewachsen, zu einem internationalen Kongress ein. In Wien beschließt 1815 der Deutsche Bund, Rastatt zur Bundesfestung zu machen, deren Bau 1842/44 begonnen und 1849 nahezu fertig gestellt wird. Rastatt wird zum bedeutendsten Militärstandort am Oberrhein.

Im Mai 1849 kommt es im Ehrenhof der ehemaligen Barockresidenz zum Rastatter Soldatenaufstand mit der Folge, dass der Großherzog mit seiner Familie und die Regierung aus Baden fliehen. Eine provisorische Landesregierung, die sich zur Reichsverfassung, die von der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche verabschiedet worden war,

bekannt, lässt eine verfassungsgebende Landesversammlung wählen und macht Baden zur Republik. Während der Reichsverfassungskampagne wird die Bundesfestung zur letzten Bastion republikanischer Truppen, zur „Freiheitsfeste“. Rastatt spielt in der badischen, ja der gesamten deutschen Revolution 1848/49 eine herausragende Rolle.

Die gegen Frankreich gerichtete Festung des Deutschen Bundes mit einer österreichisch-badischen, ab 1859 österreichisch-badisch-preußischen Besatzung verliert nach 1870/71 ihre militärische Bedeutung und wird ab 1890 entfestet.

Das Schloss übersteht alle Ereignisse, auch beide Weltkriege nahezu unbeschadet und ist heute das älteste und besterhaltene Barockschloss am Oberrhein.

Dieses nunmehr über 300 Jahre alte Bauwerk mit seiner ereignisreichen Geschichte und spezifischen Aura ist Bühne und Handlung zugleich. Hier wird „die Begegnung mit dem authentischen Überrest“ zur eigentlichen, unverwechselbaren Primärerfahrung¹.

Ich beschränke mich hier und heute in erster Linie auf die Erinnerungspflege der revolutionären Ereignisse 1849 in Rastatt, ohne den komplexen und bedeutungsvollen historischen Kontext dieses Erinnerungsortes ausblenden zu wollen.

Die Auseinandersetzung mit den Trägern, den Akteuren der Revolution setzt unmittelbar mit deren Niederschlagung am 23. Juli 1849 ein. Die Sieger halten im Ahnensaal des Barockschlosses Gericht, und ihre Strafen sind drakonisch. Von den 21 verhängten Todesurteilen werden schließlich 19 vollstreckt. Die zum Tode durch Erschießung verurteilten Freiheitskämpfer bekommen nicht nur ihre

Bürgerrechte aberkannt, sie sollen noch im Tode enteignet und geschmäht werden: Sie werden verscharrt, selbst ein Grabhügel wird ihnen verweigert.

Nach der von Großherzog Friedrich I. 1862 erlassenen Amnestie wollen die Überlebenden ihren erschossenen Kameraden Ehre und Würde zurückgeben. Aber erst 1873 dürfen diese Gräber erhalten, die bekranzt und mit kleinen Namensschildern versehenen hölzernen Kreuze geschmückt werden. Ein in aller Stille gebildetes Komitee macht es sich zur Aufgabe, die Erschossenen von 1849 den im Krieg gegen Frankreich 1870/71 Gefallenen und nun mit prächtigen Denkmälern in nahezu jedem Ort Gewürdigten gleichzustellen und sie aus dem Vergessen zurückzuholen. Ein mit Spenden auch aus Amerika finanziertes Grabdenkmal, ein aus rotem Sandstein gefertigter Obelisk, soll die Inschrift tragen: „Den Vorkämpfern für Deutschlands Einheit und Freiheit gefallen und gestorben in und um Rastatt 1849“.

Doch dazu kommt es nicht. Der preußische Gouverneur der Festung Rastatt untersagt diese posthume Ehrung. Auch im folgenden Jahr, 1875, wird die Errichtung des Denkmals nicht erlaubt. Heimlich werden die Gräber der Erschossenen mit dem Bild des verbotenen Denkmals geschmückt. Aber auch dieses wird untersagt.

Den wertvollen Sandsteinobelisk bekommt nun die Stadt Offenburg angeboten, in deren Gemeinderat inzwischen zahlreiche ehemalige Revolutionäre gewählt wurden, die dem Kauf zustimmen. Die preußische Behörde lässt sich auf diesen Trick nicht ein. Sie empfindet es als Provokation, dass ausgerechnet am Hauptort der badischen Revolution ein Denkmal errichtet werden soll, und verbietet dessen Aufstellung.

Heute steht dieser „Stein des Anstoßes“ in Renchen vor der Stadtkirche. Er erinnert an den zweihundertsten Todestag von Johann Jakob Christoph von Grimmelshausen, dem Dichter des „Simplizissimus“, der in Renchen „Schultheiß“ war. Die Vorderseite preist zwar den „größten deutschen Dichter des 17. Jahrhunderts“, die Inschriften der anderen Seiten jedoch wollen nicht so recht passen. „Deutsch Volk, belogen und betrogen im Streit um hohes Ideal“, heißt es da. Und: „Halt fest, mein Volk, mit treuem Blut, dann müssen bessere Tage kommen“.

Diese Inschriften wurden einfach belassen und gegen jeden behördliche Einspruch verteidigt. Und die Einweihung des „revolutionären“ Denkmals wird bewusst um einen Tag vor den Todestag Grimmelshausens auf den 17. August verlegt, den Tag nämlich, an dem vor 30 Jahren der bekannte und verehrte Revolutionär Georg Böhning in Rastatt standrechtlich erschossen wurde.

Immerhin ein Teilerfolg. Doch die Rehabilitierung der Rastatter Erschossenen sollte noch lange auf sich warten lassen. 1882 wird der Antrag gestellt, die Gräber zusammenzulegen, sie mit einem eisernen Geländer oder mit Ketten einzufassen und mit einem Eisernen Kreuz schmücken zu dürfen. Auch diese Eingabe bleibt ohne Erfolg.

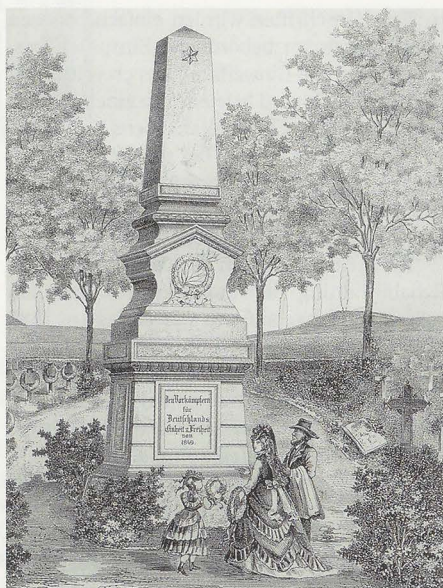
Erst 50 Jahre nach den revolutionären Ereignissen – inzwischen ist die Festung Rastatt aufgelöst, und die Rolle des preußischen Festungskommandeurs hat das badische Innenministerium übernommen – bröckeln allmählich die Fronten. „Festlichkeiten aus Anlass des 50. Gedächtnisses von 1848“ sollen nun nicht mehr beanstandet, allerdings auf keinen Fall „Festlichkeiten an den Gräbern der im Jahre 1849 standrechtlich Erschossenen gestattet werden“.

Karlsruher Sozialdemokraten planen für den 20. März 1898 einen Besuch der Gräber in Rastatt. Schon am Bahnhof werden sie von einem starken Polizeiaufgebot empfangen, und es wird ihnen untersagt, geschlossen die Grabstätten aufzusuchen. Lediglich zehn Kranzträger dürfen den Friedhof betreten. Eine Kranzschleife muss sofort entfernt werden. Sie trägt die Aufschrift: „Ihr starbt den Heldentod, für Freiheit und Menschenrechte, ihr wähet nahen das Morgenroth, doch sind wir heute noch Knechte“.

1899 schließlich wird die Errichtung eines schlichten Grabsteines gestattet, der allerdings nicht den Charakter eines Denkmals haben darf. Aufzüge, Reden und Feierlichkeiten an den Gräbern sind nach wie vor untersagt.

Erst 1909, zum 60. Jahrestag der Ereignisse von 1849, werden Gedenkfeiern genehmigt, allerdings bleibt das „Mitführen roter Demonstrationsfahnen“ verboten.²

1924, zum 75. Jahrestag der revolutionären Ereignisse in Rastatt, können nun endlich Feierlichkeiten stattfinden. Und erst jetzt darf



Idealansicht des 1874 geplanten, von den Preußen nicht genehmigten Grabmals für die in Rastatt standrechtlich erschossenen Revolutionsteilnehmer, Lithographie, 1874 (Der Stein wurde durch den Rastatter Bildhauer Breunig ausgeführt und als Grimmelshausendenkmal 1879 in Renchen aufgestellt, wo er heute noch steht)

dem Grabstein das Wort „Freiheitskämpfer“ eingemeißelt werden, gemeinsam mit dem bis dahin verbotenen Spruch: „Den Opfern des Unverstands und der Willkür, den Kämpfern für Freiheit und Recht, den Toten die Lebendigen, gewidmet 1899 von Sozialdemokraten und Demokraten aus Deutschland und Amerika“.

Dieses immer wieder blockierte Erinnern und Gedenken der Ereignisse 1849 in Rastatt mutet wie eine Provinzposse an. Ich habe sie vor allem deswegen so ausführlich geschildert, weil sie dokumentieren kann, dass wir Deutsche uns schwer tun beim Umgang mit Revolution und Freiheitskämpfern. Daran sind vor allem auch wir Historiker nicht unschuldig. Denn die erste wissenschaftliche, auf Quellen beruhende kritische Gesamtdarstellung der Revolution 1848/49 in Deutschland stammt aus der Feder von Veit Valentin und ist erschienen 1930/31. Und es verwundert nicht, dass ihr die notwendige Rezeption versagt blieb, denn die

Nationalsozialisten waren alles andere als Freunde dieser kritischen Wissenschaft.

Dass die dargelegte Erinnerungspflege in Rastatt kein Sonderfall und mitnichten isoliert zu sehen ist, zeigt das Beispiel Berlin, obwohl – zumindest im Jahre 1848 – sie dort eine völlig andere Entwicklung zu nehmen schien.

Nach den verlustreichen Barrikadenkämpfen am 18. und 19. März in der preußischen Hauptstadt werden am Morgen des 22. März 1848 183 mit Kränzen und Schleifen geschmückte Särge vor der neuen Kirche am Gendarmenmarkt aufgebahrt. König Friedrich Wilhelm IV., mit einer schwarz-rot-goldenen Armbinde und entblößten Hauptes, huldigt den Toten. Der Historienmaler Adolph Menzel hat uns eine atmosphärische Bildskizze dieses Aktes überliefert. Die sog. Märzgefallenen erhalten im Friedrichshain Gräber mit gusseisernen Kreuzen und einen Obelisk, der ihre Namen trägt. Die Trauerfeier mit protestantischen, katholischen und jüdischen Geistlichen wird zu einem symbolischen Akt, in dem die Toten als Märtyrer der Freiheit geehrt werden.

Aber auch hier wird bald die Erinnerungskultur ins Abseits gedrängt und politisch instrumentalisiert.

Denn wer mit den Achtundvierzigern sympathisiert, gilt für viele als Roter. Das lag daran, dass sich im Bismarckreich nur die Sozialdemokraten uneingeschränkt für 1848 einsetzen. 1873, beim 25jährigen Jubiläum, hatten sie in Friedrichshain eine Gedenkfeier für die Märzgefallenen veranstaltet. 1898 gibt es am 18. März eine von der SPD angestoßene Reichstagsdebatte über die Bedeutung der Märzrevolution, in der sich August Bebel gegen die Dreistigkeit und Infamie der Konservativen wendet, die diese Revolution als eines der traurigsten Ereignisse der preußischen Geschichte bezeichnet und die Barrikadenkämpfer als „ausländisches Gesindel“ beschimpft haben. Bebel nennt es paradox, dass seine Partei die Verteidigung der bürgerlichen Revolution übernehmen muss, und fragt, warum die Liberalen „zu all den Beschimpfungen schwiegen, die heute gegen das deutsche Bürgertum von 1848 und die Revolutionäre jener Zeit geschleudert werden“³.

Wir kennen die nette, aber bezeichnende Episode aus dem Leben des späteren Reichs-

kanzlers und Außenministers Gustav Stresemann, der, gerade mal 20 Jahre alt, Student und Mitglied der Reformburschenschaft Neo-Germania, sich gegen den Widerstand der meisten seiner Bundesbrüder durchsetzt und 1898 einen Kranz mit schwarz-rot-goldenen Bändern feierlich in Friedrichshain niederlegt. Die herbeigeeilte Polizei greift jedoch nicht ein, weil sie die Farben tragenden Studenten nicht als „Rote“ und „Revoluzzer“ ausmachen kann.

Erst die Weimarer Republik bekennt sich nun allmählich zur 48er Revolution. Aber auch nicht uneingeschränkt und mehr in Bezug auf die Ausarbeitung einer qualifizierten Reichsverfassung als für die Freiheitskämpfer selbst. Reichspräsident Friedrich Ebert besucht dann auch am 18. Mai 1923 Frankfurt, um in der Paulskirche der Konstituierung der Nationalversammlung vor 75 Jahren zu gedenken und ihre verfassungsgebende Aufgabe und Leistung zu würdigen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es im Jahre 1948 zahlreiche Festveranstaltungen und Würdigungen der revolutionären Ereignisse vor 100 Jahren. Das besiegte und durch die Hitler-Diktatur traumatisierte Deutschland besinnt sich seiner demokratisch-parlamentarischen Traditionen und entdeckt diese in der 48er Revolution.

Interessant ist, dass hier bei uns die französische Besatzungsregierung eine 48er-Ausstellung anordnet, die nicht in Karlsruhe oder Offenburg oder gar in Rastatt gezeigt wird, sondern erstaunlicherweise in Baden-Baden. Offensichtlich ein Lehrstück für Demokratie am historisch neutralen Ort.

In der frühen Bundesrepublik erfahren die Ereignisse von 1848/49 wenig Beachtung. Ganz anders in der DDR, wo man auf der Suche nach revolutionären Wurzeln und zur eigenen historisch-politischen Legitimierung den Bauernkrieg von 1524/25 als „frühbürgerliche Revolution“ und die Freiheitskämpfer von 1848 als Vorläufer des antifaschistischen Widerstands und damit als Wegweiser zum ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat vereinnahmt.

In der Bundesrepublik bildet die Revolution von 1848/49 lange kein zentrales Forschungsthema und kann kein Bezugspunkt demokratischer Identität werden. Zu sehr ist man auf die Zeit des Nationalsozialismus fixiert

und mit der Kontroverse um die Ursachen des Ersten Weltkrieges beschäftigt.

Es ist zweifelsfrei das Verdienst von Bundespräsident Gustav W. Heinemann, einen deutlichen Wandel in der westdeutschen Erinnerungskultur eingeleitet und die Aufmerksamkeit auf die Freiheitskämpfe von 1848/49 gelenkt zu haben.

In seiner programmatischen Rede beim traditionellen Bremer Schaffermahl am 13. Februar 1970 forderte er dazu auf, „in der Geschichte unseres Volkes nach jenen Kräften zu spüren und ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk politisch mündig und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann.“ Und wenig später konkretisierte er sein Vorhaben: Eine Erinnerungsstätte wolle er schaffen und hierfür sei „eine geschichtsträchtige und zugleich symbolträchtige Stätte aufzufindig zu machen, an der alles das, was nicht Paulskirche ist, angemessen dargestellt werden kann.“

Wie ernst es ihm mit dieser Absicht war, zeigt, dass er bereits bei seinem Antrittsbesuch



Einweihung des Grimmelshausendenkmal am 17. August 1849 mit Amand Goegg (im Vordergrund)

Renchen in Bildern ab 1877. Horb a. N. 1983.

als Bundespräsident in Baden-Württemberg im November 1969 die Gelegenheit nutzte, um Rastatt aufzusuchen, dort wo die Revolution 1848/49 mit der Kapitulation der Bundesfestung am 23. Juli 1849 endete und letztlich scheiterte. Daneben verfolgte er noch eine private Absicht. Er wollte den Ort aufsuchen, wo sein Großonkel mütterlicherseits, Carl Walter aus Elberfeld, der auf Seiten der Revolutionäre gekämpft hatte und an seinen im Gefecht bei Waghäusel erlittenen Verwundungen am 21. September 1849 in Rastatt gestorben war, begraben ist. Dieser familiäre Bezug machte es Heinemann leicht, sich bei der Wahl des Ortes für die zu schaffende Erinnerungsstätte für Rastatt zu entscheiden.

Heinemann war es, der als erstes Staatsoberhaupt 1969 den Erschossenen in Rastatt seine Referenz erwies und an ihrem Grabmal einen Kranz niederlegte. Im September 2002 folgte Johannes Rau seinem Beispiel.

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestags bewilligte 1973 Mittel für die Einrichtung der Erinnerungsstätte, deren primäre Aufgabe es sein sollte, „die Erinnerung an Männer und Frauen lebendig zu erhalten, die sich in der Auseinandersetzung mit dem Staat darum bemüht haben, für den einzelnen wie für Gemeinschaften mehr Freiheit zu erringen“.

Das Bundesministerium des Innern übertrug schließlich 1973 dem Bundesarchiv die Errichtung der Erinnerungsstätte, die mit Erlass vom 27. Mai 1974 zu einer seiner Außenstellen wurde.

Nur wenige Monate blieben, um ein inhaltliches und gestalterisches Konzept zu erstellen und dieses zu realisieren. Als wichtiger Fundus für die Exponate dienten dem Bundesarchiv die Bestände seiner Außenstelle in Frankfurt; denn dort befanden sich die Akten der Organe des Deutschen Bundes von 1815 bis 1866, der Provisorischen Zentralgewalt und der Nationalversammlung von 1848/49 sowie Nachlässe von Abgeordneten, publizistische Quellen zur Geschichte der Revolution von 1848 und ihrer Folgen. Eine wesentliche Bereicherung bildete eine auf Veranlassung Heinemanns mit Mitteln des Hamburger Mäzens Kurt A. Körber für die Erinnerungsstätte erworbene umfangreiche Sammlung vornehmlich politischer Flugschriften und seltener Karikaturen. Wertvolle Buch-

bestände und auch von Heinemann zeit seines Lebens gesammelte Materialien kamen hinzu.

Am 26. Juni 1974, nur wenige Tage vor Ende seiner Amtszeit als Bundespräsident, eröffnete Gustav W. Heinemann in den aufwendig auch mit Mitteln des Bundes renovierten, vom Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellten Räumen des Rastatter Residenzschlosses in einem Festakt die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte.

Wie sehr Heinemann an dieser Einrichtung interessiert war, zeigt, dass er nicht nur sein „Lieblingskind“, wie die Erinnerungsstätte in Rastatt bald genannt wurde, mehrfach aufsuchte, sondern immer wieder dazu aufforderte, diese inhaltlich-konzeptionell weiter zu entwickeln und ihr das von ihm vorgesehene Aufgabenprofil zu vermitteln.

1976 versammelten sich in Rastatt kompetente Wissenschaftler, um eine erste Bilanz zu ziehen, aber vor allem auch wegweisende Perspektiven für das „Freiheitsmuseum“ zu erarbeiten. Heinemann selbst, der immer wieder auf die Weiterentwicklung gedrängt hatte, blieb es aus gesundheitlichen Gründen versagt, an dieser Konferenz teilzunehmen. Den Teilnehmern präziserte er in einem Schreiben vom 16. Juni 1976 nochmals seine Vorstellungen. Ausdrücklich betonte er, dass mit der Gründung der Erinnerungsstätte erst der Anfang getan und diese längst noch nicht abgeschlossen sei. Es bleibe „zu prüfen, . . . wie die Erinnerungsstätte fortentwickelt, verlebendigt und damit einer noch breiteren Öffentlichkeit nahegebracht werden kann. Das stellt eine Reihe von Fragen . . . Ich könnte mir denken und möchte mir wünschen, dass dabei der Begriff Freiheit im Mittelpunkt steht.“

Nur wenige Tage später, am 7. Juli 1976, starb Gustav W. Heinemann.

Seine Botschaft war jedoch unmissverständlich und gleichermaßen wegweisend für die Erinnerungsstätte.

Methodisch verwarf Heinemann die Position „Männer machen Geschichte“, vielmehr ließ er sich leiten von einem sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Geschichtsverständnis.

Bewusst hat er den Begriff „Freiheitsbewegungen“ in den Titel der Erinnerungs-

stätte aufgenommen. Es ging ihm nämlich um Entwicklungen, Prozesse, Strukturen.

Nicht eine Person steht im Zentrum, wie das bei den Gedenkstätten für Adenauer, Bismarck, Brandt, Ebert, Heuss etc. der Fall ist, sondern sein Interesse zielte auf Denkansätze, Krisenlagen, Wünsche und Visionen, Reformprojekte und auf revolutionäre Umbrüche.

Für Heinemann bedeutete Geschichte Gesellschaftsgeschichte als historische Sozialwissenschaft.

Der Blick auf gesellschaftliche Bedingungen und Folgen von Ereignissen, die Untersuchung sozialer Gruppen und ihr Verhalten, die Analyse ökonomischer Strukturen und ihre Auswirkungen auf das Handeln von Menschen standen für Heinemann im Mittelpunkt seiner Vorstellung von Geschichte. Erinnerung und Gedenken sollte niemals Selbstzweck sein. Für Heinemann hatte Erinnerungspflege aufklärerische, ja emanzipatorische Aufgaben.

Dieses Verständnis von Geschichte galt es bei der Konzipierung und Organisation der

Erinnerungsstätte zu berücksichtigen, und es hat seine Bedeutung bis zum heutigen Tage.

Im Jahre 1978 fiel die Entscheidung, eine neue, grundlegend überarbeitete Ausstellung zu schaffen. Diese wurde in mehreren Schritten bis 1982 fertiggestellt. Inhaltlich konzentrierte sie sich auf die Zeit vom Ende Napoleons und vom Wiener Kongreß im Jahre 1815 bis zum Scheitern der Revolution 1849 und den unmittelbaren Auswirkungen davon.

Diese zeitliche Beschränkung auf die rund dreißig Jahre des Vormärz und der Revolution von 1848/49 kam der Ausstellung sehr zugute. Damit wurde auch auf den Vorwurf reagiert, die Ausstellung weise inhaltlich-konzeptionelle Ungereimtheiten auf, sie würde unkritisch den „Entwurf einer kontinuierlichen deutschen Freiheitsgeschichte“ vorlegen, ja eine „eindimensionale Geschichtskonstruktion“ anbieten⁴. Der ebenfalls bemängelte Eindruck einer wenig ästhetisch ansprechenden Gestaltung und von der Überfülle an Texten und Dokumenten, so dass sie sogar als „Papierausstellung“ bezeichnet wurde, konnte mit Hilfe von plastischen Exponaten, Modellen,



Ausbruch der „Empörung“ in Rastatt am 13. Mai 1849: Die großherzogstreuen Offiziere werden von den meuternden Truppen mit Kanonen bedroht und flüchten, weiße Tücher schwingend, aus dem Schlosshof (GLA J-G R/6)



Bundespräsident Johannes Rau am Denkmal für die standrechtlich Erschossenen

Foto: Wollenschnieder

Dioramen, Leuchtkarten sowie von Filmen und einer Audiothek mit historischen Liedern korrigiert werden. Ein Teil davon wurde auch für die aktuelle Ausstellung übernommen.

Ein umfangreicher Katalog erschien 1984, eine didaktische „Handreichung zum Besuch der Erinnerungsstätte“ speziell für Lehrer und Schulklassen 1990.

1995 entschloss sich das Bundesarchiv, eine neue Dauerausstellung zu entwickeln mit der Maßgabe, diese bis 1999 präsentieren zu können.

Zwei wissenschaftliche Tagungen im Jahre 1996 und ein im gleichen Jahr gebildeter Kreis von Didaktikern und Ausstellungsgestaltern dienten zur Entwicklung eines inhaltlichen Konzeptes. Die ebenfalls anlaufenden Jubiläumsausstellungen zur Revolution von 1848/49 bildeten einen willkommenen Synergieeffekt.

Im Vergleich jedoch zu den großen Jubiläumsausstellungen, die des Bundes: „1848 – Aufbruch zur Freiheit“ im Frankfurter Schirn und die des Landes Baden-Württemberg: „1848/49: Revolution der deutschen Demokraten in Baden“ im Badischen Landes-

museum Karlsruhe, aber auch zu den dezentralen Sonderausstellungen vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, die insgesamt finanziell sehr üppig ausgestattet waren, erhielt das Bundesarchiv keinerlei zusätzliche Mittel – eine finanzielle Beschränkung, die bei einer Dauerausstellung, die gut 15 Jahre Laufzeit haben soll, kaum nachvollziehbar ist.

Bauliche Einschränkungen und denkmalpflegerische Auflagen machten die Arbeit nicht leichter.

Der thematische Bogen der neuen, aktuellen Ausstellung spannt sich von den Freiheitsbewegungen der Frühen Neuzeit bis in das 20. Jahrhundert. Wie in den vorausgegangenen Ausstellungen bleiben inhaltlicher Schwerpunkt der Vormärz und die Revolution von 1848/49. Jedoch werden die Themen Emigration, Reichsgründung „von oben“ durch Bismarck mit den gesellschaftspolitischen Bruchlinien im Kaiserreich, die im Ersten Weltkrieg immer virulenter zu Tage traten und letztendlich die Revolution im November 1918 unvermeidlich machten, nicht nur als Epilog der gescheiterten Revolution 1848/49, sondern als eigenständige Zeitabschnitte mit ihren singulären Problemlagen und Optionsmöglichkeiten dargestellt.

Ein Denkmal für die auch in Rastatt auf Seiten der Republikaner kämpfende polnische Legion und zu Ehren der hier erschossenen Polen schlägt den Bogen zum Polnischen Aufstand von 1830 und zur Polenbegeisterung im damaligen Süddeutschland. Polen werden als Vorkämpfer für ein freies Europa souveräner Staaten bejubelt. „Für unsere und Eure Freiheit!“ war ein Slogan des Hambacher Festes im Jahre 1832.

Zur Einweihung dieses Denkmals im Mai 1998 kam Lech Wałęsa nach Rastatt, der ehemalige Solidarność-Führer und Friedensnobelpreisträger.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Widerstandsbewegungen im Dritten Reich, die am Beispiel einzelner Biographien in ihren jeweiligen unterschiedlichen Motiven und Anlässen, Methoden und Zielvorstellungen sowie in ihren einzelnen Schicksalen vorgestellt werden. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Übernahme und Einbeziehung der Münchener Weiße-Rose-

Ausstellung, wie überhaupt „Jugend im Dritten Reich“ zum inhaltlichen Zentrum dieser Abteilung wird.

Ebenfalls werden die Opposition gegen das SED-Regime in ihren vereinzelt Anfängen, am Beispiel des brutal niedergeschlagenen Aufstands vom 17. Juni 1953, und der Mauerbau im Jahre 1961 als Antwort und Reaktion der Machthaber auf die zunehmende Abwanderungstendenz nach Westen präsentiert. Schließlich wird der lange und entsagungreiche, aber letztlich vom Erfolg gekrönte Weg nachgezeichnet, wie es schließlich mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 zur friedlichen und vor allem erfolgreichen Revolution kommt.

Ein originales Mauersegment aus Berlin kann beispielhaft für diese Entwicklung stehen. Günter Schabowski, ehemaliges Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, kam zur Präsentation dieses Exponats nach Rastatt. Er war es, der am denkwürdigen 9. November 1989 die neue Reisefreiheit proklamierte und damit die Berliner Mauer öffnete.

Insgesamt zeichnet die Erinnerungsstätte mit ihrer im Sommer 1999 eröffneten neuen Dauerausstellung die wechselseitige, von unterschiedlichen Wegscheiden und Optionen gekennzeichnete und niemals gradlinig verlaufene Geschichte des parlamentarisch-demokratischen Systems in Deutschland vor dem Hintergrund des durch Industrialisierung und Modernisierung beschleunigten Wandels der individuellen Lebenswelten nach, wobei Formen des Aufbegehrens, des Bekennens, der Resignation, der Hoffnung des einzelnen Individuums stets im Mittelpunkt stehen.

Zahlreiche Sonderausstellungen zu unterschiedlichen Themen, die Dauerausstellung ergänzenden Themen, vom Bundesarchiv selbst erstellt⁵ oder von anderen Institutionen übernommen, Zeitzeugengespräche, wissenschaftliche Tagungen, Vorträge, Filmveranstaltungen etc. bilden ein abwechslungsreiches und vielbeachtetes Rahmenprogramm der insgesamt positiv angenommenen Erinnerungsstätte. Diese versteht sich als Forum historisch-politischer Bildung, als Lernort deutscher Demokratiegeschichte im europäischen Kontext.

Dass dies nicht isoliert und nur von der Erinnerungsstätte aus zu leisten ist, muss nicht eigens betont werden. Die Stadt Rastatt hat nach langem Zögern sich ebenfalls dieser Aufgabe gewidmet und vermag bis heute eine erstaunliche Palette vielfältiger Aktivitäten und Ergebnisse für die Erinnerungsarbeit aufzuweisen.

Schon 1992 gab es die ersten Überlegungen, sich der Herausforderung „150 Jahre Badische Revolution“ zu stellen. 1994 wurden Wissenschaftler damit beauftragt, die Geschichte der Stadt Rastatt im revolutionären 19. Jahrhundert quellennah aufzuarbeiten und die Ergebnisse nicht nur zu publizieren, sondern auch in eine städtische Ausstellung einzubringen. Einige der Publikationen liegen aus.

Für mich ist es immer wieder erstaunlich, wie wenig von diesen historischen Entwicklungen und Ereignissen bislang bekannt war, wie viel liebgewonnene Legenden ungeprüft, kritiklos unser Wissen blockieren und wie wissenschaftlich kontrovers und vor allem politisch brisant diese Spurensuche verläuft.

Ein Beispiel mag das verdeutlichen.

Eine Rastatter Schule sollte einen Namen erhalten. Vorgeschlagen wurde schließlich Ernst Elsenhans, ein schwäbischer Journalist und „entschiedener Demokrat“, der die Belagerung der republikanischen Festung durch preußische Bundestruppen erlebte und kritisch-analytisch in den wenigen Ausgaben des von ihm redigierten und produzierten „Festungsboten“ begleitete. Er war es dann auch, der als erster von dem preußischen Stand- und Kriegsgericht angeklagt und am 6. August 1849 hingerichtet wurde. Seine gerade publizierte Biographie konnte diesen Namensvorschlag begründen.

Doch weit gefehlt. Die für die Namensgebung der Schule Zuständigen lehnten empört diesen Vorschlag ab. Wie kann eine Schule den Namen eines wegen Hochverrats hingerichteten „Terroristen“ tragen. So und anders wurde argumentiert. Man einigte sich schließlich auf Gustav W. Heinemann als Namensgeber. Immerhin!

Doch der damit angefachte Denk- und Lernprozess entwickelt eine Art Eigendynamik mit dem Ergebnis, dass der als Terrorist abge-

stempelte Elsenhans schließlich doch seine Würdigung erfuhr und zwar mit einem ihm zu Ehren am 6. August 1999, am Tage seiner Hinrichtung vor 150 Jahren, eingeweihten Denkmal an exponiertem Platz vor der Rastatter Badner Halle. Es zeigt eine wie von einem Beil auseinander geschlagene Mauer, deren Teile jedoch von einer filigranen Feder, dem Symbol der Aufklärung und Information, zusammen gehalten werden.

Dieses Elsenhans gewidmete Ehrenmal steht stellvertretend für die Mündigwerdung der Bürger, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollten, um sich aus der beklagten Abhängigkeit und Knechtschaft zu befreien – so oder ähnlich könnte man die Symbolik und Bildersprache des Denkmals deuten.

Der von mir geschilderte Streit, ja Kampf um ein Denkmal für die im Sommer 1849 Erschossenen endete schließlich nach 150 Jahren damit, dass die Bürger von Rastatt dieses Ehrenmal errichteten als Erinnerung und späte Würdigung der für Freiheit und Einheit kämpfenden und schließlich gestorbenen Revolutionäre. Eine Stadt bekannte sich zu ihrer eigenen Geschichte und identifizierte sich damit. Ein bemerkenswerter Denk- und Lernprozess deutscher Demokratiegeschichte.

Der Gemeinderat von Rastatt beschloss, den 23. Juli, den Tag der Kapitulation vor 150 Jahren, als „Tag der Freiheit“ jährlich zu begehen. Die historische Niederlage der Freiheitskämpfer wurde als wichtige Station auf dem Weg zur Demokratisierung gedeutet, und ihre Opfer wurden vor dem Vergessen bewahrt.

Dieses neue politische, aus der eigenen Geschichte abgeleitete Selbstverständnis wird manifestiert in der Errichtung eines Autobahnschildes im Jahre 2002, das Rastatt, seine Barockschlösser und die badische Revolution als authentischen Ort ausweist.

Möge dieses als Aufgabe, ja als Verpflichtung begriffen werden, aktiv und kritisch die Lehren aus der Geschichte in der Gegenwart zu beherzigen im Sinne einer besseren Zukunft.

Schließlich – und das darf ich Ihnen heute nicht vorenthalten – hat im Sommer 2003 der Gemeinderat der Stadt Rastatt „grünes Licht“ für das Projekt „Straße der Demokratie“ gegeben.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Maria Würfel: Museum – Ausstellung – Schule. Ein Beitrag zur unterrichtlichen Gestaltung von Museums- und Ausstellungsbesuchen, in: Lehren und Lernen 1988, Heft 4, S. 3–18, hier: S. 4 f.
- 2 Meine Ausführungen um das Denkmal der in Rastatt 1849 Erschossenen stützen sich vor allem auf den informativen Beitrag von Hans Clauser, Ruhestätte der im Jahre 1849 zu Rastatt standrechtlich Erschossenen, in: Dem Ideal der Freiheit dienen, ihrer Vorkämpfer gedenken. Festgabe für Wolfgang Michalka, hrsg. vom Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Karlsruhe 2003, S. 17–22. Zu erinnern ist vor allem auch an H. Kraemer, Rastatt im Revolutionsjahr 1848/49. Gedenkblätter zur Jahrhundertfeier, Rastatt 1949, S. 64 ff.
- 3 Babels Rede zitiert in: Baumgart, Franzjörg, Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg, 1976, S. 120; Schulin, Ernst, Die deutschen Historiker und die Revolution von 1848/49, in: Der Staat, 38 (1999) S. 69–85, hier: S. 70.
- 4 So die kritische Analyse von Hartmut Boockmann: „Die ‚Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte‘ in Rastatt“, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 28 (1977), Heft 5, S. 285–291, hier: S. 285.
- 5 So z. B. Von der Freiheit eines Christenmenschen. Christliche Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte (1978), Bauernbewegungen in der Frühen Neuzeit (1990), Deutsche Jakobiner. Mainzer Republik und Cisrhenanen 1772–1798 (1981), „Freiheit, die ich meine“. Ein Leitmotiv deutscher Dichtung 1517–1945 (1981), „Freiheit lebet nur im Liede“. Das politische Lied in Deutschland (1992), Jugend im NS-Staat (1978), Richard Wagner und die politischen Bewegungen seiner Zeit (1983), Karikaturen aus dem Ersten Weltkrieg (1990), Aufbruch zur Demokratie. Die Anfänge der Weimarer Republik und die Reichsverfassung von 1919 (1994), Die Nationalsozialistische Machtergreifung 1933/34 (1992), 20. Juli 1944 (1994), Der Parlamentarische Rat. 1. September 1948 – 23. Mai 1949 (1988).

Anschrift des Autors:
Prof. Dr. Wolfgang Michalka
Bundesarchiv Erinnerungsstätte
für die Befreiungsbewegungen
in der deutschen Geschichte
Postfach 1325
76402 Rastatt